

Susan Neiman

Zu einer universalistischen Zukunft des Westens

Solidarität statt Toleranz

Die Frage nach der Zukunft des Westens stellt sich nur vor dem Hintergrund einer massiven Kritik. In den letzten beiden Jahrzehnten mehren sich Stimmen, die behaupten, der Westen habe keine Zukunft verdient. Diese Stimmen kommen keineswegs nur, oder gar hauptsächlich, aus dem Nicht-Westen, wie immer man diesen definiert. Eine erhebliche Zahl solcher Stimmen sind die von Europäern und Amerikanern, die die rassistische und kolonialistische Praxis der westlichen Geschichte kritisieren – und die Überheblichkeit, mit der der Westen trotz alledem seine vermeintliche Überlegenheit lange herausposaunte.

Die Fähigkeit zur Selbstkritik ist eine Tugend, die in vielen westlichen Traditionen mit Recht hochgehalten wird, und die gegenwärtige Kritik ist wichtig. Sie wird aber nur dann fruchtbar, wenn wir erkennen, dass der Kampf gegen den Rassismus und den Kolonialismus auch einer westlichen Tradition entstammt. Sonst droht die Kritik in eine pauschale Verdammung des Westens zu verfallen – eine Tendenz, die bei vielen postkolonialen Theoretikern zu bemerken ist. Doch das Muster: Barbarischer Westen im Gegensatz zum sanften, naturverbundenen Nicht-Westen, ist genauso binär und genauso falsch wie ältere Muster, die die Welt in den zivilisierten, fortschrittlichen Westen einerseits und die nicht-westlichen Barbaren andererseits einteilen wollten. Solche Gegensatzpaare passen nur zu einer Welt, die wie Carl Schmitt alles in Freunde und Feinde spaltet – ohne jede Hoffnung auf die Solidarität, die wir dringend brauchen, wenn wir den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden wollen.

Der Begriff »Solidarität« ist aus der Mode gekommen. Ihm haftet ein Geruch Staatssozialismus an, oder bestenfalls jugendliche Erinnerungen an Bilder von erhobenen Fäusten. Statt an Solidarität zu appellieren, werden Rufe nach Toleranz immer häufiger. Doch was für ein Unterschied! Wofür wird das Wort »Toleranz« im Alltag benutzt? Wir tolerieren Kopfschmerzen, die trotz Aspirin nicht vergehen, laute Musik aus der Nachbarwohnung, Gestank in der Ecke des U-Bahnhofes, die Betrunkene zum Klo gemacht haben. Toleranz ist gefordert bei unangenehmen Zuständen, gegen die wir machtlos sind. Der philosophische Begriff der Toleranz wurde während der Religionskriege des 17. Jahrhunderts entwickelt, um eine sinnvolle Haltung zu empfehlen: Statt Ihren Nachbarn zu verbrennen, weil seine Heilsvorstellung nicht die Ihrige ist, sollten Sie ihn besser tolerieren. So unangenehm seine Vorstellungen sein mögen, kann keine Zwangskonversion sie ändern, und schließlich wird er dafür verdammt sein, und nicht Sie. Doch eine bestimmte Heilsvorstellung zu tolerieren ist etwas völlig anderes als Toleranz ganzer Völker, Lebensweisen oder Hautfarben. Da ist nicht Toleranz, sondern prinzipiell Respekt und wenn nötig auch Solidarität angesagt.

Die Aufforderung zu Respekt vor und Solidarität mit Menschen, die man möglicherweise nie gesehen hat, hat mehr als eine Quelle. Alle drei monotheistischen Religionen wie auch der Buddhismus enthalten Strömungen, die in diese Richtung weisen. Doch der wichtigste philosophische Impuls dieses Universalismus kommt aus der europäischen Aufklärung.

Nichts ist heutzutage modischer, als die Aufklärung zu verwerfen. Vor einem Jahrhundert suchten Denker die Quelle unseres Unglücks in der Moderne. Heute werden sie spezifischer, wenn auch nicht genauer, denn die Tendenz, der Aufklärung unsere Misere anzulasten, basiert auf Textfetzen, die ohne Kenntnis der Zusammenhänge immer wieder zitiert werden. Wenn wir aber die Ideen der Aufklärung entsorgen, verlieren wir die wichtigsten nor-

mativen Ressourcen, die wir haben, und stehen mit leeren Händen vor den geistigen Aufgaben unserer Zeit.

Ohne Universalismus keine Solidarität; ohne Solidarität bleibt nur noch Toleranz, dieser schwache Begriff für Menschen, die zu machtlos sind, um missliche Zustände zu ändern. Doch gerade der Universalismus steht in Verruf, verlogen, wenn nicht leer zu sein: Denn es seien bloß die Interessen einer dominanten (westlichen) Kultur, die sich mit dem universalistischen Appell an eine abstrakte Menschheit besser durchsetzen kann.

Wie aber entstand der Universalismus-Begriff der Aufklärung? Wer die Aufklärung als naiv oder optimistisch bezeichnet, hat weder ihre Texte gelesen noch überlegt, aus welchen Zusammenhängen die Aufklärung überhaupt entstanden ist. Die Denker der Aufklärung wuchsen in einer Welt auf, die immer wieder von Religionskriegen erschüttert wurde. Zwei Drittel der Bevölkerung Brandenburgs fiel einem dieser Kriege zum Opfer. Noch häufiger als die Religionskriege waren Pandemien, gegen die es weder Schutz noch Behandlung gab. Frauen wurden regelmäßig als Hexen verbrannt, Männer für die Verfassung kritischer Schriften in Ketten gelegt, Folter wurde selbstverständlich als juristisches Mittel eingesetzt. Es sollte niemanden wundern, dass sich keine Epoche mehr Gedanken über das Wesen des Böses machte.

Gerade in dieser gewalttätigen Umgebung war die Idee des Universalismus revolutionär, denn er setzte eine Würde voraus, die in jedem Menschen, unabhängig von National- oder Religionsgemeinschaft, vorhanden ist. »Die Würde des Menschen ist unantastbar« ist keine empirische Feststellung; denn wir wissen ja, wie oft diese Würde missachtet wird. Der Satz stellt vielmehr eine normative Forderung auf. Aus der Idee, dass alle Menschen den gleichen Anspruch auf Respekt vor dieser Würde haben, folgt keineswegs der Schluss, dass alle Menschen gleich sind. Unterschiedliche Kulturen und Geschichten fügen den abstrakten Knochen, aus denen die Abstraktion »Menschheit« gebaut wird, Fleisch und Blut

hinzu. Dennoch ist die Fähigkeit, aus der Vielfalt der Menschheit Gemeinsamkeiten zu abstrahieren, die Grundlage der Solidarität.

Aus derselben Fähigkeit entspringt der Begriff des Menschenrechts. Auch die Idee dieses Rechts ist nicht empirisch, sondern normativ: eine moralische Forderung, dass Machtansprüche nicht das letzte Wort haben sollen. Rechte sollen der Macht eine Grenze setzen. Denken wir an die Umstände, aus denen der Begriff hervorgegangen ist: Wenn der Bauer das Reh des Grafen für sich nahm, wurde er hingerichtet. Wenn der Graf das Tier, die Arbeitskraft, oder die Tochter des Bauern für sich nahm, war das rechtens. Allerdings wurde der Begriff der Menschenrechte oft genug missbraucht, um Machtansprüche zu verschleiern. Hier kann George W. Bushs Irakkrieg als jüngstes Paradebeispiel dienen, doch das Problem wurde schon in Platons *Der Staat* erörtert. Dort behauptet der junge Sophist Thrasymachos, dass alle Gerechtigkeitsansprüche nichts als verschleierte Machtansprüche sind. Solche nihilistischen Schlussfolgerungen gibt es bei so unterschiedlichen Denkern wie Carl Schmitt und Michel Foucault, beide Ziehväter vieler theoretischer Strömungen, die sich heute als links verstehen. Doch diese sollten sich eher fragen, ob eine linksliberale Geisteshaltung ohne einen Rechtsbegriff, der wenigstens versucht, reine Machtansprüche einzugrenzen, überhaupt möglich ist. Nur wenn wir die Idee universaler Menschenrechte aufrechterhalten, können wir überhaupt daran arbeiten, die Kluft zwischen Macht und Recht zu verkleinern.

Aufklärungsgegner heute behaupten aber, dass der abstrakte Begriff der Menschenrechte erfunden wurde, um der nichteuropäischen Welt europäische Werte und Normen aufzudrücken. Die angeblich universellen Rechte seien bloß Deckmäntel für die Interessen weißer Männer, die die Welt beherrschen wollten und seien somit ein Instrument des Kolonialismus.

Die Kritik ist im Grunde genommen eine Wiederholung jener, die bei den vorsokratischen Sophisten zu finden ist. Wer glaubt, dass es keine Rechts-, sondern nur Machtansprüche gibt, findet

dafür vielerorts Bestätigung. In Bezug auf die Aufklärung aber ist der Vorwurf besonders absurd, er ist nicht einfach falsch, sondern stellt die Fakten auf den Kopf. Es war die Aufklärung, die die Kritik am Eurozentrismus ja überhaupt erst erfunden hat. Sie empfahl den Europäern, von anderen Völkern zu lernen, und hat ihre Kritik europäischer Zustände oft gerade aus der Perspektive anderer Kulturen formuliert. So benutzte Montesquieu fiktionalisierte Perser, um die Pariser Gesellschaft zu persiflieren, Diderot stellte Tahiti gegen patriarchalische europäische Sitten, Voltaires schärfste Kritiken an der Kirche wurden wahlweise in den Mund eines chinesischen Kaisers oder eines indigenen südamerikanischen Priesters gelegt. Denn wenn die Kritik im eigenen Namen ausgesprochen wurde, lauerte Gefahr. 1723 befahl Friedrich Wilhelm I., dass Christian Wolff seinen Lehrstuhl, die Stadt Halle und ganz Preußen binnen 48 Stunden zu verlassen habe. Wolff, der Konfuzius und Menzius studierte, hatte die Chinesen als lebendigen Beweis dafür angeführt, dass Moral auch ohne Christentum funktioniert. Das galt als Atheismus, und darauf stand die Todesstrafe.

Die Aufklärer haben es nicht dabei belassen, von anderen Kulturen zu lernen. Sie verurteilten den Kolonialismus aufs Schärfste. Passagen, in denen Diderot die indigenen Völker Südafrikas aufforderte, die kolonisierenden Holländer mit Giftpfeilen zu vernichten, könnte man mit Texten von Franz Fanon verwechseln, wären die Waffen bei Diderot moderner. Kant gratulierte den Chinesen und Japanern zu ihrer Weisheit, den Europäern die Einreise zu verbieten. Er nannte Kolonialismus ein Übel – ein Wort, das er selten benutzte – nicht nur für hochentwickelte Kulturen wie die chinesische. Auch die Rechte indigener Völker hat er vehement verteidigt, und er verurteilte die damals geltende Eigentumstheorie, der zufolge Jäger und Sammler keine Rechte auf ihre Länder hatten.

Wenn die Antikolonialisten von heute zu Recht darauf bestehen, dass wir die Welt auch aus nichtwestlichen Perspektiven betrachten, folgen sie einer Tradition der Aufklärung, die auf Mon-

tesquieu zurückgeht. Warum sind sie nicht bereit, die Wurzel ihrer Kritiken in der Aufklärung zu erkennen? Einige zeitgenössische Beschreibungen von Nichteuropäern muten uns heute zwar unangenehm an, die Reiseberichte von damals wirken oft karikaturhaft. Im Gegensatz zu vielen heutigen Kritikern waren den Aufklärern aber die Grenzen ihrer Kenntnisse bewusst. Rousseau beklagte, dass das europäische Verständnis von ganz Afrika auf Berichte beschränkt sei, die von Reisenden geschrieben wurden, »die lieber ihre Taschen als ihre Köpfe füllen«. Kant wies auf gegensätzliche ethnografischen Schriften hin, um zu beweisen, dass man daraus nicht auf eine Überlegenheit der Europäer schließen dürfe. Auch wenn sie wussten, dass ihre empirischen Kenntnisse keine endgültigen Urteile über andere Erdteile legitimierten, haben viele Aufklärer die Vorurteile über Nichteuropäer aufs Schärfste kritisiert. Hier schreibt Diderot über die Spanier, die Mexiko kolonisierten: »Sie bildeten sich ein, dass die Leute keine Regierung hatten, weil die Regierung nicht von einem Menschen abhing; keine Zivilisation, weil sie anders war als die Zivilisation Madrids; keine Sitten, weil sie eine unterschiedliche Religion hatten; und keinen Verstand, weil sie anderer Meinung waren.«

Angesichts solcher Passagen – und ähnlicher, die Kant, Rousseau, Diderot, Voltaire und weniger bekannte Aufklärer geschrieben haben, verwundert es, dass die Aufklärung heute als Quelle von kolonialistischem Denken betrachtet wird.

Liegt diese Verdrehung am allgemeinen Bildungsmangel? Sicherlich spielt er eine Rolle, doch eine andere Erklärung liegt auf der Hand. Zunächst aber müssen wir uns daran erinnern, dass Imperien nicht in der europäischen Moderne erfunden worden sind. Die Chinesen schufen Imperien wie auch die Assyrer, die Azteken, die Khmer, die Malien, die Mongolen, die Mughals und natürlich die Griechen und Römer. Seit den Anfängen der Geschichte haben stärkere Völker schwächere kolonisiert mit unterschiedlichen Graden von Unterdrückung und Brutalität. Alle haben aber Recht und

Macht gleichgesetzt – das heißt ihre Imperien ohne jeden Rechtsbegriff aufgebaut. Für sie war es selbstverständlich, dass größere Nationen die kleineren verschlingen – so selbstverständlich, wie der Graf den Bauern verschlingen konnte.

Gelegentlich wurde die Brutalität der Kolonisierung kritisiert, wie es der spanische Priester Bartolomeo de Las Casas (1484–1566) tat. Doch Las Casas forderte bloß eine mildere, gütigere Form der Kolonisierung, nicht deren Abschaffung. Erst die Denker der Aufklärung plädierten dafür, auf Basis universeller Menschenrechte jede Form der Kolonisierung abzuschaffen.

Durchgesetzt haben sie sich nicht. Die europäische Kolonisation, die im 18. Jahrhundert begann, wuchs im darauffolgenden Jahrhundert rasant. Die aufgeklärte Kritik am Kolonialismus hat ihr Ziel nicht erreicht, sondern nichts als ein schlechtes Gewissen produziert. Zum ersten Mal in der Geschichte mussten die Kolonialmächte sich rechtfertigen. Weder die Römer noch die Azteken spürten ein Bedürfnis, ihre Eroberungen zu legitimieren oder ihren Untertanen weiszumachen, dass die Kolonisierung in deren Interesse sei. Nach der aufgeklärten Kritik an der Kolonisierung konnte aber kaum jemand übersehen, dass die Eroberung anderer Länder eine Verletzung eben der Ideale von Recht und Freiheit war, die die Europäer für sich selbst beanspruchten. Und so wurde behauptet, dass fremde Länder gerade deshalb übernommen wurden, um deren primitive Einwohner just mit den Idealen zu beschenken, die die Aufklärung verteidigt. Die großen Denker der Aufklärung hätten diese Lüge durchschaut, aber sie waren einfach nicht mehr da.

Der spätere Missbrauch der aufgeklärten Kritik am Kolonialismus ist somit der einzige halbwegs vernünftige Grund, der Aufklärung Verantwortung für den Kolonialismus anzulasten. Nun habe ich also argumentiert, dass nicht die Aufklärung selbst, sondern ein perfider Missbrauch von deren Ideen dafür verantwortlich war. Das mag zwar Historiker interessieren, doch hat es eine Bedeutung für unsere Zukunft?

Keiner zweifelt heute daran, dass die Zukunft des Westens international sein muss. Wenn die Hoffnung auf Solidarität nicht dafür ausreicht, muss die Angst vor dem Untergang erhalten: Spätestens seit der doppelten Bedrohung durch Pandemie und Klimakrise wissen wir, dass kein Erdteil allein durchkommt.

Das bedeutet: Das normative Projekt kann zwar kein Projekt des Westens allein sein, aber es kann auch nicht ohne den Westen auskommen. Doch ein Westen, der ausschließlich von Schuld befangen ist, wird weder dem Westen noch dem Rest der Welt viel nutzen: Überheblichkeit mit permanenter Zerknirschung zu ersetzen ist nur eine hilflose Umkehrung.

Auch wenn die Aufklärung den Kolonialismus nicht beenden konnte, hat sie zum ersten Mal in der Geschichte die Grundlage für dessen Abschaffung geliefert: mit dem Begriff der universellen Menschenrechte und den richtigen Schlussfolgerungen daraus. Darüber hinaus haben diese Prinzipien die Wirklichkeit von Millionen Menschen verändert. Zwar wurden diese Prinzipien nie vollkommen umgesetzt. Aber wer wegen der ungenügenden Umsetzung das ganze Projekt verwerfen will, sollte einen versklavten Menschen in Indien oder Mauretanien nach seinen Lebensumständen fragen, eine Frau in Saudi-Arabien oder Afghanistan, einen Schwulen oder eine Lesbierin in Iran oder Uganda. Wir im Westen können die Leistungen der Aufklärung nur deshalb gering schätzen, weil wir sie seit ziemlich langer Zeit genießen.

Die Aufklärung ist keine bloße Erfindung des Westens; ähnliche Ideen finden sich in Indien wie in Afrika, womöglich auch in anderen Kulturen. Europa war aber der Ort, wo diese Ideen am gründlichsten ausgearbeitet wurden, auch wenn Europa heute nur mehr zögernd dazu steht. Doch diese Ideen sind eine Stärke, auf die wir zusammen mit anderen bauen können. Selbstbewusstsein im doppelten Sinn – als Reflexion unserer Geschichte, aber auch als bescheidener Stolz – brauchen die westlichen Intellektuellen, wenn sie in der Lage sein wollen, einen Beitrag zur Zukunft zu leisten.

Parag Khanna

Eine glaubhafte Führungsrolle

Von Aufwand und Ertrag der Demokratie

Als Francis Fukuyamas bahnbrechender Essay *Das Ende der Geschichte?* im Jahr 1989 erschien, stand ein Fragezeichen im Titel – und zwar zu Recht. Es war eine vorsichtige Hypothese, die Fukuyama damals aufstellte, und keineswegs die lautstarke Behauptung, die ihm in den Jahren darauf unterstellt wurde. Die Wahl des Interpunktionszeichens sollte sich als weitsichtig erweisen, denn inzwischen ist klar, dass die Zukunft des Westens mit einem Fragezeichen versehen ist, während eine neue Phase der Geschichte kraftvoll Gestalt annimmt.

An tiefgreifenden historischen Wendepunkten postulieren wir reflexartig einen deutlichen Bruch mit der Vergangenheit und küren unter konkurrierenden Systemen Gewinner und Verlierer. Fukuyama glaubte, der liberale demokratische Kapitalismus des Westens aus der Zeit nach dem Kalten Krieg mit den siegreichen Vereinigten Staaten im Zentrum sei als Modell über jeden Zweifel erhaben. Andere Systeme stünden entweder am Rande des Zusammenbruchs – maßgeblich der Kommunismus sowjetischer Prägung – oder seien von Langeweile geprägt. Die Berühmtheiten, auf die sich Fukuyama beruft – Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Max Weber, Alexandre Kojeve –, hatten ihre Zeit jeweils als »Ende der Geschichte« erlebt. Im Falle Hegels und Webers war es die postnapoleonische Ära des 19. Jahrhunderts und der zentralistische preußische Staat, der sie beherrschte.

Doch die globale Hierarchie ist 1989 nicht erstarrt, wie Fukuyama es vorhergesagt hatte. Vielmehr hat sich seither eine Landschaft herausgebildet, die von mindestens vier in sich geschlos-